

Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft

STADT, LAND, REGION

Mit dem neuen Jahr beginnt im Bergischen Städtedreieck auch eine neue Ära der Zusammenarbeit. Die Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH soll die Kräfte und Kompetenzen im Bergischen weiter bündeln und die Region als Wirtschafts- und Tourismusstandort stärken.



Kein anderes Wahrzeichen hat einen so hohen Symbolwert für das Städtedreieck wie die Münstener Brücke.

Ein weiterer Meilenstein der Kooperation im Bergischen Städtedreieck ist seit dem 1. Januar 2015 offiziell: Mit der Gründung der Bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (BSW) üben die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid einmal mehr den Schulterschluss. Sowohl die Räte der drei bergischen Großstädte als auch die Vollversammlung der Bergischen IHK hatten im Dezember dem Gesellschaftervertrag zugestimmt. Das erklärte Ziel der BSW: Die Region als Wirtschafts- und Tourismusstandort weiter zu stärken. „Diese neue Struktur ist ein ‚Quantensprung‘ für die ohnehin schon erfolgreiche bergische Zusammenarbeit“, sind sich IHK-Präsident Thomas Meyer und die drei Oberbürgermeister Peter Jung, Norbert Feith und Burkhard Mast-Weisz einig. In der neuen Gesellschaft werden wichtige regionale Aufgaben in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Tourismus, Regionalmarketing und arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen gebündelt und effizient umgesetzt. Sie löst damit die bisherige Bergische Entwicklungsagentur (BEA) ab. Zudem wurde die bisherige Regionalagentur mit in die neue Gesellschaft integriert. „Es wird also künftig

Ich begrüße es sehr, wenn sich in meinem Regierungsbezirk eine weitere Region zur gemeinsamen Wahrnehmung wichtiger Aufgaben entscheidet.

Anne Lütkes

nicht mehr zwei regionale Agenturen geben, die Projekte vorantreiben, sondern nur noch eine einzige“, erläutert IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Wenge. Das sei ein enormer Fortschritt – so könne Know-how gebündelt und die Arbeit effizienter gestaltet werden. „Die neue Gesellschaft bekommt aber auch deutlich mehr Kompetenzen als die BEA“, erklärt IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Wenge. Das heiße aber nicht, dass sich an bestehenden Programmen und Projekten etwas ändern werde. „Sie werden fortgeführt und künftig um weitere Maßnahmen ergänzt.“ Mit der Gesellschaft sollen regionale Themen künftig auch regional geklärt werden. „Das heißt beispielsweise die Gewerbeflächenentwicklung ist nicht mehr nur Städtesache, sondern wird noch mehr

als zuvor gemeinsam von allen drei Städten in Angriff genommen“, erklärt IHK-Präsident Thomas Meyer.

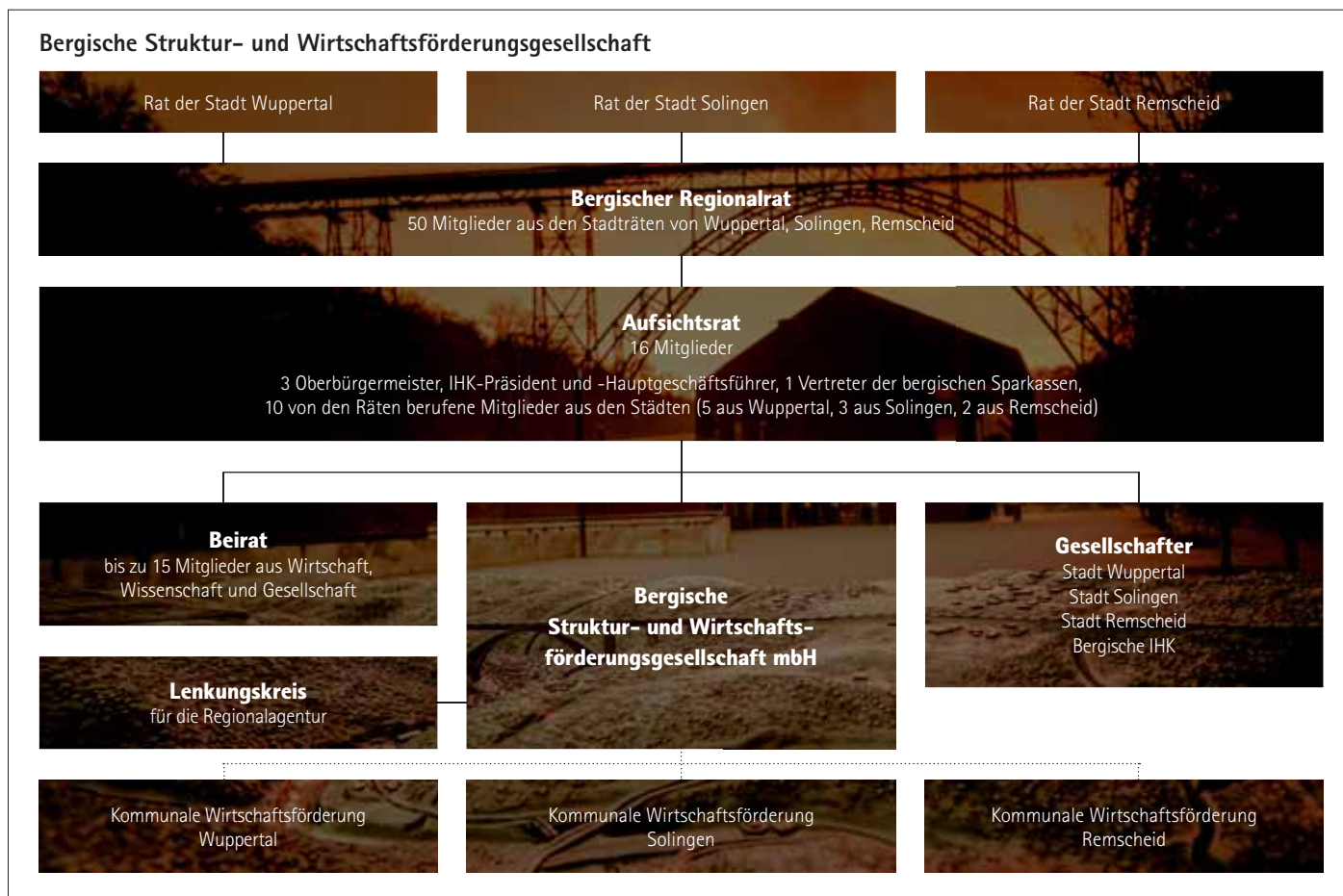
Das Konzept der neuen Gesellschaft wurde von einer hochrangigen Arbeitsgruppe entwickelt, die auf Initiative von Norbert Feith entstanden war. Neben den Oberbürgermeistern waren auch die drei Stadtdirektoren sowie IHK-Präsident Meyer und Hauptgeschäftsführer Wenge intensiv eingebunden.

Die Düsseldorf-Regierungspräsidentin Anne Lütkes unterstützt das Projekt: „Ich begrüße es sehr, wenn sich in meinem Regierungsbezirk eine weitere Region zur gemeinsamen Wahrnehmung wichtiger Aufgaben entscheidet“, so Lütkes.

BSW-Gesellschafter werden neben der IHK die drei bergischen Großstädte und ihre Sparkassen sein. Die Führung soll ein 16-köpfiger Aufsichtsrat übernehmen, dem unter anderem die drei Oberbürgermeister, zehn Vertreter aus den Räten sowie IHK-Präsident und -Hauptgeschäftsführer angehören werden. Als maßgebliches politisches Entscheidungsgremium wird ein Bergischer Regionalrat ins Leben gerufen, der aus 50 Mitgliedern aus den Räten der drei Städte besteht. Der neue Regionalrat



Mit der BSW soll die bergische Zusammenarbeit noch weiter intensiviert werden.



soll zwei Mal im Jahr tagen, der Aufsichtsrat mindestens vier Mal. Außerdem wird ein Beirat unter Mitwirkung wichtiger Institutionen aus der Region installiert. Gerade der politisch besetzte Bergische Regionalrat ist ein ganz neuer Ansatz, so Wenge. „Ich hoffe sehr, dass die Parteien und Parlamentarier in unserem Städtedreieck so zusammenwachsen und sich eines Tages nicht mehr primär als Vertreter Wuppertaler, Solinger oder Remscheider Interessen sehen, sondern ‚bergisch‘ denken und handeln“, so der IHK-Hauptgeschäftsführer. Zudem zeige der Regionalrat deutlich, dass die letzte Entscheidung über die Aktivitäten der BSW immer bei den gewählten Ratsmitgliedern liege. „Das Primat der Politik bleibt erhalten, die Räte werden nicht entmachtet.“ Diese Auffassung teilt auch IHK-Präsident Meyer: „Der Regionalrat ist eine Belebung der politischen Landschaft im Bergischen“, sagt er. Politiker, die sich sonst kaum oder nur wenige Male im Jahr treffen, sitzen nun mehrmals im Jahr zusammen am runden Tisch und treffen Entscheidungen, die nicht mehr nur ihre Stadt, sondern die ganze Region betreffen. „Dadurch wird das Städtedreieck weiter

zusammenwachsen und zu einer tollen Region werden“, ist Meyer überzeugt. Bei ihren Treffen sollen die Politiker außerdem Ideen und Visionen austauschen und konzipieren und das Städtedreieck so weiter nach vorne bringen.

Mithalten im Rennen um Fördergelder

Auch die Aufgaben der lokalen Wirtschaftsförderungen ändern sich mit der neuen Gesellschaft nicht. „Die BSW soll nicht in Konkurrenz mit den lokalen Wirtschaftsförderungen stehen, sondern vielmehr eine Ergänzung zu ihnen sein. Sie dient als Bindeglied zwischen den Wirtschaftsförderungen der drei Städte und soll für eine engere, effizientere Zusammenarbeit sorgen, so IHK-Präsident Meyer. „Es ist wichtig, dass alle Städte künftig noch mehr an einem Strang ziehen“, erklärt Wenge. „Ich würde mich freuen, wenn das Kompetenzteam rund um die drei Oberbürgermeister und Stadtdirektoren weiterhin so harmonisch zusammenarbeitet und weitere Themen gewinnbringend vorantreibt.“ Die neue Gesellschaft sei ein klares Bekenntnis aller drei Städte für die Region.

Genau diese Einheit ist auch wichtig, um im wachsenden Konkurrenzkampf um Fördergelder, Drittmittel und Standortvorteile in Europa mithalten zu können. Denn künftig – so die einheitliche Prognose aller Experten – werden im europäischen Standortwettbewerb nur noch regionale Zusammenschlüsse oder Metropolregionen Chancen haben. Einzelne Städte allein werden im Verteilungskampf hingegen leer ausgehen. Der regionale Zusammenschluss eröffnet dem Bergischen Städtedreieck nicht zuletzt neue Möglichkeiten an Zuschüsse und Fördermittel aus europäischen Finanzierungsprogrammen zu kommen. Svenja Dahlhaus/Frauke Fechner



In einem Filmbeitrag bei IHK-TV erklärt IHK-Präsident Thomas Meyer die Vorteile, die die BSW mit sich bringt. Den Film finden Sie unter:
www.wuppertal.ihk24.de
www.youtube.com/bergischeIHK
www.facebook.com/bergischeIHK

Städtedreieck wächst zusammen

REGION STATT STADT

Im Gespräch mit der „Bergischen Wirtschaft“ befürwortet Regierungspräsidentin Anne Lütkes den neuen bergischen Schulterschluss und erklärt, warum er so wichtig ist für den wirtschaftlichen Erfolg und die Zukunft der Region.



Foto: Bezirksregierung Düsseldorf

Wie stehen Sie zum regionalen Zusammenschluss im Städtedreieck?

Ich begrüße es, dass sich in meinem Regierungsbezirk nach dem Ruhrgebiet nun mit dem Bergischen Städtedreieck eine weitere Region zur Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben entschlossen hat. Dies besonders vor dem Hintergrund des planerischen Gleichgewichts in NRW. Auch im Hinblick auf den Zugang zu Europäischen Fördergeldern hat der Zusammenschluss sicherlich viele Vorteile.

Könnten Sie sich vorstellen, dass die Region zu einem späteren Zeitpunkt mehr selbstständige Kompetenzen bekommt?

Die enge Zusammenarbeit hat ja gerade hier im Bergischen Städtedreieck schon eine gewisse Tradition. Es ist aber notwendig, die demokratisch legitimierten Formen der interkommunalen Zusammenarbeit zu stärken und weiter auszubauen.

So wie das beim RVR (Regionalverband Ruhr, Anmerkung der Redaktion) und auch der Städteregion Aachen ja bereits geschehen ist. Gerade im Hinblick auf die geplanten Änderungen des RVR-Gesetzes kann die Metropolregion Ruhr beispielhaft für andere Regionen in NRW sein. Die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit müssten aber gleichermaßen auch anderen Kommunalverbänden eröffnet werden. Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit sind vorrangig für alle gleichermaßen gesetzlich zu regeln. Dies gebietet schon der Gleichheitsgrundsatz. Eine Möglichkeit hierfür wäre es, wenn bei der Novellierung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GfG) über eine Experimentierklausel unter anderem Erweiterungen der Aufgabenübertragung wie auch in öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur interkommunalen Aufgabenwahrnehmung modellhaft erprobt und ermöglicht werden.

Ist die Region im Hinblick auch auf die Konkurrenz aus dem Ruhrgebiet gut aufgestellt?

So wie sich in der Metropolregion Ruhr in der letzten Zeit die Verflechtungen zwischen den Kommunen verstärkt haben, kann auch in anderen Regionen eine Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt sein, um den kommenden Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Eine enge Kooperation kann für viele Städte eine Möglichkeit sein, die anstehenden Aufgaben effizient zu erfüllen.

Wie stehen Sie zur Metropolregion Rheinland?

Wenn man es aus europäischer Sicht betrachten würde, ist ganz Nordrhein-Westfalen eine Region: Die Metropolregion NRW. Auch der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes spricht insofern von ganz NRW als einer Metropolregion. Ich denke allerdings, hier ist eine stärkere Differenzierung notwendig - und auch europäisch geboten. In NRW gibt es zwar „Metropol-Funktionen“ über das ganze Land verteilt, aber bei Metropolregionen geht es auch um eine wahrnehmbare räumliche Ballung dieser Funktionen, um Verdichtung. In Gebietskulissen wie zum Beispiel dem Rheinland sind solche Ballungen wahrnehmbar. Außerdem sind hier bereits gute Ansätze regionaler Kooperationen und Organisationsstrukturen vorhanden. Gerade das Rheinland verfügt mit seinen kulturellen und wirtschaftlichen Stärken über ein enormes Potenzial. Als bevölkerungsreichste Region Deutschlands mit einem breiten Angebot an hochqualifizierten Arbeitsplätzen, einer hohen Dichte von Hochschulen und Forschungseinrichtungen und einer leistungsfähigen Verkehrs- und Datennetzinfrastruktur wird das Rheinland weiter an Bedeutung gewinnen. Bedingt durch seine zentrale Lage in Europa will und muss sich das Rheinland stärker positionieren. Besonders vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass sich auch andere geographisch homogene Räume, wie zum Beispiel das Bergische Land, zu einer gemeinsamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit entschließen, um an Europa partizipieren zu können und nicht in einen Nachteil zu geraten.

Das Gespräch führte Frauke Fechner.